

holte Erscheinen des Monarchen bei dem Botschafter Englands am Berliner Hofe eine besondere politische Bedeutung gehabt; vielleicht, daß man den jedenfalls sehr bemerkenswerten Vorgang mit dem südafrikanischen Krieg, speziell mit einer beginnenden Vermittlungsaktion der neutralen Mächte, in Verbindung bringen darf.

Prinz Heinrich von Preußen ist auf seiner weiteren Heimreise am Spätnachmittag des 11. Februar in Wien zu einem eintägigen Besuche des kaiserlichen Hofes eingetroffen und daselbst mit ganz besonderer Auszeichnung empfangen worden. In Wiener diplomatischen Kreisen mißt man diesem Besuche des Bruders des deutschen Kaisers am österreichischen Hofe einen hochpolitischen Charakter zu, das Ereignis solle erneut von der ungeschwächten Fortdauer des deutsch-österreichischen Bündnisses Zeugnis ablegen. In Berlin wird die Ankunft des Prinzen Heinrich für Dienstag Vormittag erwartet. Der Kaiser hat eine große Empfangsfeier angeordnet. Wie Uebrigens verlautet, soll dem Prinzen Heinrich bei dem Aufenthalt, welchen er gelegentlich seiner Heimreise in Siam nahm, ein unangenehmes Abenteuer zugestoßen sein. Es heißt, Räuber hätten den hohen Herrn, als er von Bangkol aus einen Ausflug in die Umgegend unternahm, überfallen und seiner Baarschaft im Betrage von 1000 Dollars beraubt. Eine Bestätigung dieser etwas seltsam anmutenden Nachricht bleibt indeffen abzuwarten, der Prinz wird doch seinen Ausflug nicht ohne genügende Begleitung unternommen haben.

Im Reichstage wurde am Freitag die tags zuvor begonnene Generaldebatte über die Flottenvorlage fortgesetzt. Als erster Redner trat in dieser Sitzung der Reichsparteiler Graf Arnim auf, der warm die Nothwendigkeit einer Flottenvermehrung für Deutschland betonte, letztere sehr geschickt mit der preussischen Armeorganisation in der ersten Hälfte der 60er Jahre vergleichend. Dann ergriff der Staatssekretär des Inneren Graf Posadowsky das Wort, um namentlich unter dem Gesichtspunkte eines stärkeren Schutzes des deutschen Exporthandels die neue Marine-Vorlage zu verteidigen und dabei namentlich die Behauptung von particularistischer Seite, Süddeutschland und die süddeutsche Industrie hätten kein Interesse an einer Flottenvermehrung, durch statistische Nachweise zu widerlegen. Es folgte in der Rednerreihe Abg. Eugen Richter, der Führer der freisinnigen Volkspartei. „Selbstverständlich“ bekannte sich Herr Richter als strikter Gegner der geplanten Flottenvermehrung, dieselbe nach allen Richtungen bekämpfend. Es geschah dies zum Theil in wüthiger und drastischer Weise, welche öfters die Heiterkeit des Reichstages erregte. Als Hauptgrund für die oppositionelle Stellungnahme der freisinnigen Volkspartei gegen die neue Marinevorlage führte der Redner die in letzterer ausgesprochene einseitige Bindung des Reichstages, welche die Regierung zu nichts verpflichte, an. Staatssekretär Tirpitz erwiderte nur ganz kurz auf die oppositionellen Ausführungen des Vorredners, im Uebrigen verwies er auf die in der Kommission zu erwartenden näheren Darlegungen der Regierung. Abg. Richter von der freisinnigen Vereinigung trat lebhaft für die Vorlage ein, hierbei gegen den Abgeordneten Richter polemisirend; nur verlangte er, daß die Kosten der Flottenvermehrung auf die kräftigeren Schultern gelegt werden sollten. Der Pole v. Rottly erklärte sich Namens seiner Fraction rundweg gegen die Marine-Vorlage, während sich der Abgeordnete Liebermann v. Sonnenberg (Rfp.) wesentlich freundlicher zu derselben stellte, doch forderte er, daß der Handel die Kosten der Flottenvermehrung aufbringen solle. Zuletzt erklärte der Witthauer Smalochs in einer von ihm verlesenen Rede seine Zustimmung zur Flottenvorlage. Am Sonnabend wurde die Generaldebatte über die neue Flottenvorlage beendet, die dann an eine Kommission ging. Jedenfalls hat diese erstmalige Berathung der Marine-Vorlage noch keineswegs bestimmt erkennen lassen, ob dieselbe begründete Aussichten auf Annahme im Reichstage besitzt, weil vor Allem das Centrum noch eine abwartende Stellung einnimmt. Wenn der Generalredner des Centrums, Dr. Schädlcr, in der Donnerstagssitzung erklärte, seine Partei sei für den vorgelegten Entwurf des Flottengesetzes in dessen jetziger Gestalt nicht zu haben, so darf auf diese nach Ablehnung klingende Versicherung nicht allzuviel gegeben werden, das war eben nichts als ein taktisches Wandver.

In der Budgetkommission des Reichstages begann am Freitag die Erörterung des Militärbudgets; schließlich wurde die weitere Berathung desselben auf nächsten Dienstag vertagt.

Das preussische Abgeordnetenhaus trat am Freitag in die zweite Lesung des Justizetats ein und setzte diese Verhandlung am Sonnabend fort. — Die Kanalvorlage in ihrer umgearbeiteten und erweiterten Gestalt wird nach den „Berl. Pol. Nachr.“ dem Abgeordnetenhaus Mitte März zugehen. Der angeforderte Gesetzentwurf, betr. die Besteuerung der Waarenhäuser, ist im preussischen Staatsministerium zur Durchberathung gelangt.

Die Befenner der jüdischen Religion zählen nach dem letzten jüdischen Jahrbuch, das ein Londoner Verleger alljährlich herausgibt, insgesamt ungefähr elf Millionen. Davon kommen ungefähr acht Millionen auf Europa, und zwar auf Rußland 4,500,000, auf Oesterreich 1,860,000, auf Deutschland 567,000, Rumänien 300,000, Türkei 120,000, England 101,000, einschließlich der Kolonien 148,000. Nach der geringsten Schätzung sind im heutigen Deutschland während des 19. Jahrhunderts 17,520 Juden getauft worden. Für Oesterreich-Ungarn nimmt man im Laufe des Jahrhunderts 8355, für Rußland 3136 Judentaufen an. Die meisten Uebertritte, etwa 30,000, sind in Großbritannien erfolgt. Während in Preußen im Jahre 1878 noch 10,781 jüdische Kinder geboren wurden, betrug die Zahl der im Jahre 1897 geborenen nur noch 7596, also trotz des natürlichen Zuwachses der jüdischen Bevölkerung fast 3200 Köpfe weniger, da viele Juden jetzt sich als Dissidenten oder als religionslos bezeichnen und dann nicht mehr mit zählen.

Der gegenwärtige Kampf zwischen den Kohlenbergwerksbesitzern und den Bergleuten in Oesterreich gilt hauptsächlich der von den letzteren erhobenen Forderung der achtstündigen Arbeitszeit. Die Bergwerksbesitzer sträuben sich jedoch, gerade hierauf einzugehen, wie die in Teschen vor dem dortigen Einigungsamte stattgefundenen Verhandlungen zwischen den Vertretern der Gewerke und den Arbeiterdelegirten erkennen ließen. In der Freitagssitzung der Einigungsamtes wies denn auch der Vorsitzende der Arbeiterdelegirten bebauernd auf diese ablehnende Haltung der Arbeitgeber hin, zu der er die wohlwollende Stellungnahme der österreichischen Regierung betreffs der erwählten Arbeiterforderung in Gegensatz stellte; doch betonte er, daß die Streikenden aufrichtig bestrebt seien, eine Verständigung herbeizuführen und forderte er daher die Gewerke Namens der Arbeiterschaft nochmals auf, die Verhandlungen wegen Abfözung der täglichen Arbeitszeit wieder aufzunehmen. Hierauf erklärte Generaldirector Dostel, daß die Vertreter der Gewerke über die Achtstundenschicht nicht verhandeln könnten, sie seien aber zu sonstigen Entgegenkommen bereit, und zwar wollten sie den Arbeitern neben einer Lohnerhöhung noch eine weitere Erhöhung ihres Bruttoerdienstes um 7% zugestehen. Aber diese Konzessionen könnten den Arbeitern auch nur gemacht werden, wenn dieselben die Arbeit sofort wieder aufnehmen würden. — Demnach scheint eine Einigung zwischen den österreichischen Kohlengrubenbesitzern und ihren streikenden Arbeitern leider noch in weitem Felde zu sein. — Von den deutsch-czechischen Verständigungsverhandlungen in Wien ist zu melden, daß die böhmische Abtheilung der Verständigungskonferenz in ihrer am Freitag abgehaltenen Sitzung die Wahlordnungsreform für den böhmischen Landtag erörterte und schließlich eine Unterkommission wählte, welche eine Anzahl Punkte in Vorberathung ziehen soll.

Im italienischen Senat kamen am Freitag durch eine Interpellation die englisch-italienischen Beziehungen und der südafrikanische Krieg auf's Tapet. Der Minister des Aeußeren, Visconti-Venosta, erklärte dieselben als unveränderlich intim, hinsichtlich des Krieges in Südafrika befundete er seine Zuversicht, daß derselbe keine allgemeineren Verwickelungen nach sich ziehen werde. Ueber eine etwaige Vermittlungsaction von dritter Seite schwieg sich der Minister aus.

Die Stellung des spanischen Ministeriums Silvela ist fortgesetzt eine wackelige. In der Freitagssitzung der Deputirtenkammer stellte der Finanzminister Villaverde im Laufe der Debatte über das Einnahmehudget die Vertrauensfrage, wobei sich 88 Stimmen für und 88 Stimmen gegen die Regierung herausstellten, welches dem Kabinett gerade nicht besonders günstige Resultat schließlich einen großen Spektakel in der Kammer hervorrief.

Die Adreßdebatte im englischen Unterhause ist am Freitag nach fast zweiwöchiger Dauer zum Abschluß gelangt. Mit 229 gegen

nur 39 Stimmen wurde die von den Konserverativen beantragte Adresse auf die Thronrede angenommen, womit also das Ministerium Salisbury siegreich aus diesen parlamentarischen Kämpfen hervorgegangen ist.

Unter den schwarzen Truppen der Engländer im Sudan herrscht noch immer Insubordination. Ein Regiment weigert sich, die Munition abzugeben. Es ist erwiesen, daß junge ägyptische Offiziere die Schwarzen zur Insubordination angestachelt haben. Diese Offiziere sollen vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Lord Cromer besprach in einer Audienz die Lage mit dem Khedive, der angeblich, falls die Untersuchung die Lage ernst erscheinen läßt, zu den strengsten Maßnahmen seine Zustimmung gab.

Auch der dritte Versuch General Buller's Labysmith zu entziehen, ist offenbar mißglückt. Zwar wollte das Londoner Kriegsamt bis Freitag Abend noch keine Bestätigung der Buren-Meldung von dem abermaligen Rückzug Buller's über den Tugela empfangen haben, die vorliegenden Privatmeldungen lassen aber kaum daran zweifeln, daß General Buller auch die dritte Schlacht am Tugela verloren hat. Wird nun Labysmith nicht endlich fallen? Ueber die militärischen Operationen am Modder-River und im nördlichen Kapland ist in London eine vom 8. d. ds. Mit. datirte Depesche Feldmarschall Roberts' eingelaufen, die recht zuversichtlich klingt, in Wahrheit scheint es aber auch auf diesen Theilen des Kriegsschauplatzes recht bedenklich um die Engländer zu stehen. Inzwischen melden die Londoner Morgenblätter vom 10. d. M., daß sich General Mac Donald nach Ausführung einer Reconnoissance nach dem Modder-River zurückziehen mußte. Vor Kimberley wollen die Engländer mit ihrer Artillerie die Geschütze der Buren zum Schweigen gebracht haben.

Eintragungen von Rechtsanwälten sind im Jahre 1899 in Deutschland im Ganzen 742 erfolgt, darunter 246 in Preußen, 133 in Baiern, 83 in Sachsen, 36 in Baden, 32 in Württemberg, 23 in den Hansestädten. Lösungen sind 605 erfolgt.

1200 eiserne Bettstellen mit Mosquitonezgestell für die deutsche Garnison in Tintan im Kiautschougebiet sind am 10. Januar bei einer Eisenmöbelfabrik in Rassel von der Marineverwaltung bestellt worden. Am 3. Februar konnte die Abnahme der fertigen Betten erfolgen, die aus 34,800 einzelnen Theilen bestehen und, in 436 Kisten verpackt, in neun Doppelwaggons nach Wilhelmshaven gehen.

Ueber die Prügelstrafe erklärte der preussische Justizminister am Freitag im Abgeordnetenhaus sich nicht äußern zu können, da sofort zahlreiche schwer zu beantwortende Nebenfragen entstanden: Soll die Prügelstrafe auch in der Armee wieder eingeführt werden? wie weit soll sie sich auf weibliche Personen erstrecken? woher soll das Personal zum Vollstrecken der Strafe genommen werden?

\* Wien, 11. Februar. Die meisten Blätter widmen der heute erfolgenden Ankunft Sr. Kgl. Hoheit des Prinzen Heinrich von Preußen warme Begrüßungsartikel. — Das „Fremdenblatt“ schreibt: Prinz Heinrich trug die Fahne der aufstrebenden deutschen Marine nach den Westaden des gelben Meeres und meldete den Wettbewerb der deutschen Nation an der künftigen Entwicklung der östlichen Hemisphäre an. Jene Achtung, die Deutschland in Europa errungen hat, die Werthschätzung, die alle Nationen den großen friedlichen und kulturellen Zwecken des deutschen Volkes entgegenbringen, folgten dem Prinzen Heinrich und seiner Escadre auch nach dem östlichen Weltmeer. In Oesterreich-Ungarn begegnete die Reise des Prinzen und seine Mission im Osten besonderen Sympathien und lebhafter Theilnahme, hier, wo man nicht nur volles Empfinden für die wachsende Größe des deutschen Volkes, sondern auch für das wachsende internationale Ansehen des treuen, so eng mit uns geeinten Bundesgenossen bewahrt. Keinen besseren Ausdruck konnte diese aufrichtige Theilnahme an der neuen Bethätigung der deutschen Seemacht finden als die Auszeichnung, die Kaiser Franz Josef dem Prinzen Heinrich durch dessen Ernennung zum Vize-Admiral der österreichisch-ungarischen Flotte gewährt hat. Ueberall in Oesterreich-Ungarn versteht man Sinn und Bedeutung dieser Auszeichnung. Man begrüßt sie als neue Bewährung jenes Bundes, der dem Welttheil den Frieden sichert und dadurch den Völkern die Möglichkeit wahr, den Kreis der kulturellen Bestrebungen stets zu erweitern.